

Hinweise und Regelungen zu Zuwendungen und Zuweisungen des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt für Bewilligungsbehörden und Träger¹

Bezug: Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 15.05.2020 „Hinweise zum Zuwendungsrecht vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie in der Fassung der 1.Änderung vom 17.12.2020

Stand: 2. Änderung vom 01.02.2021

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat unter dem Eindruck der aktuellen Entwicklungen mit der Neunten Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt (9. SARS-CoV-2-EindV) vom 15.12.2020 in der Fassung der 3.Änderungsverordnung vom 22.01.2021 die bestehenden Einschränkungen für das öffentliche und private Leben wieder deutlich verschärfen müssen. Diese Einschränkungen betreffen wieder verstärkt geförderte Maßnahmen und Projekte öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen mit Publikumsverkehr sowie anderer Einrichtungen, die gemäß § 4 Abs. 4 der o.g. Verordnung nicht mehr für den Publikumsverkehr geöffnet werden dürfen. Im Förderbereich des MS sind im Fall von geförderten Maßnahmen und Projekten unter Publikum Teilnehmende und vergleichbare Personen zu verstehen. Auch wenn künftige Verordnungen zur Eindämmung der Pandemie zu einem späteren Zeitpunkt wieder Lockerungen erwarten lassen, ist zunächst weiter damit zu rechnen, dass geförderte Maßnahmen und Projekte eingeschränkt, zeitweise unterbrochen oder ggf. vorzeitig beendet werden müssen, weil die Teilnehmer die Bildungseinrichtungen nicht aufsuchen dürfen und/oder die Maßnahmen und Projekte in der vorgesehenen Durchführungsform nicht wie geplant umsetzbar sind.

Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium der Finanzen (MF) mit Erlass vom 15.05.2020 in der Fassung der 1. Änderung vom 17.12.2020 bereits allgemeine Hinweise gegeben, die durch die nachfolgenden Hinweise und Empfehlungen für die Förderbereiche des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration ergänzt und konkretisiert werden:

¹ Für ESF-geförderte Maßnahmen im Bereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration gelten außerdem die „Zuwendungsrechtlichen Regelungen und Empfehlungen im Hinblick auf Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie auf ESF-geförderte Maßnahmen“ vom 19.03.2020 in der Fassung der 4. Änderung vom 18.01.2021.

Generell gilt, dass den Anweisungen der örtlich zuständigen Behörden, speziell der örtlichen Gesundheitsämter, Folge zu leisten ist.

Es sind grundsätzlich alle Möglichkeiten der Schadensminderung zu nutzen (z.B. kostenfreie Stornierungsmöglichkeiten, Kulanzregelungen, Inanspruchnahme von Erstattungen). Dabei ist der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stets zu beachten. In jedem Fall soll eine hinreichende Dokumentation getroffener Entscheidungen erfolgen.

1. Förderung von Beratungsangeboten, insbesondere auf der Grundlage von Verordnungen

Finden Beratungen derzeit weiter statt?

Beratungsbedarfe bestehen weiter. Es gibt sogar Bereiche mit erhöhtem Beratungsbedarf.

Wie sollen aufgrund der Vermeidung von Kontakten Beratungen stattfinden?

Notwendige Kontakte sollten grundsätzlich telefonisch oder mit digitalen Informations- und Kommunikationsmedien gehalten werden. Sie sind für den Nachweis der Arbeit zu dokumentieren.

An COVID-19 erkrankte Personen oder Personen in Quarantäne dürfen generell nicht aufgesucht oder empfangen werden. Sie unterliegen der Zuständigkeit der Gesundheitsämter.

Wie soll eine Beratung stattfinden, bei der der unmittelbare Kontakt zwingend erforderlich ist? Wie ist mit sozialer und/oder pädagogischer Betreuung und Beratung oder Begleitung von Maßnahmeteilnehmenden umzugehen?

Es sollten nur zwingend notwendige unmittelbare Kontakte mit Beratenden, Termine mit oder bei beteiligten Partnern bzw. Hausbesuche bei Teilnehmenden stattfinden.

Beratungen, bei denen der unmittelbare Kontakt zwingend erforderlich ist, dies kann z.B. bei Beratungsangeboten im Interesse des Kinderschutzes erforderlich sein, sollte z.B. das Beratungsgespräch nicht länger als 30 Minuten und an der frischen Luft unter Abstandswahrung stattfinden. Die Regelungen zum Infektionsschutz, insbesondere die Maßgaben der jeweils geltenden SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung und Arbeitsschutzregelungen sowie die Hinweise der Gesundheits- oder der Jugendämter sind zu beachten.

Welche Folgen hat ein Rückgang an Beratungen aufgrund der Einschränkungen für das öffentliche und private Leben?

Ist die Höhe der Förderung ganz oder teilweise von der Anzahl der Beratungen abhängig, wird es nicht zu einer Kürzung der Förderung kommen. Die Förderung wird in der Höhe weiterhin gezahlt, wie sie ohne die gegenwärtigen Einschränkungen üblich ist.

2. Projektförderungen und institutionelle Förderungen, insbesondere auf der Grundlage von Richtlinien

Welche Kosten werden anerkannt, wenn behördliche Anordnungen erlassen werden (z.B. Quarantäne von Projektmitarbeitenden, Schließung von Räumlichkeiten), die eine ordentliche Durchführung von Arbeitspaketen im Projekt oder die vollständige Projektdurchführung verhindern?

Alle unabdingbaren, bewilligten Ausgaben sind unter Berücksichtigung der Schadensminderungspflicht zuwendungsfähig. Eine Berücksichtigung ist maximal nur bis zur Höhe der bewilligten Zuwendung bzw. dem der jeweiligen Maßnahme zugrundeliegenden Festbetrag möglich. Es ist nachzuweisen, dass die geltend gemachten Ausgaben im ursächlichen Zusammenhang mit den behördlichen Anordnungen entstanden sind.

Soweit Arbeiten in den geförderten Maßnahmen nicht aufgrund der SARS-CoV-2-EindV in der jeweiligen geltenden Fassung generell einzustellen sind, können Tätigkeiten ohne unmittelbaren Teilnehmenden-/Publikumsbezug fortgesetzt werden. Lässt sich die Projektarbeit durch Nutzung von Telefon und digitalen Informations- und Kommunikationsmedien realisieren, wird dies bei entsprechender Dokumentation anerkannt.

Wie ist mit „notwendigen“ Kontakten in Maßnahmen umzugehen?

Der gesundheitliche Schutz aller Beteiligten und die Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus haben Vorrang.

Besteht die Projektstätigkeit in sozialer und/oder pädagogischer Betreuung oder Begleitung von Maßnahmeteilnehmenden, sollten nicht zwingend erforderliche Hausbesuche bei den Teilnehmenden und Termine mit oder bei am Projekt beteiligten Partnern vermieden werden. Notwendige Kontakte zu den Teilnehmenden und Projektpartnern können telefonisch mit digitalen Informations- und Kommunikationsmedien gehalten werden. Sie sind für den Nachweis der Projektarbeit zu dokumentieren.

Welche Auswirkungen hat das Fernbleiben von Projektmitarbeitenden, geförderten Arbeitnehmenden oder Teilnehmenden?

Bleiben Projektmitarbeitende, geförderte Arbeitnehmende oder Teilnehmende aufgrund behördlicher oder ärztlicher Anordnung oder auf der Grundlage der jeweils aktuellen Handlungsempfehlungen des Robert-Koch-Instituts (z.B. zur Quarantäne) den geförderten Maßnahmen fern, wird dies nicht als Verletzung der Präsenzpflcht, sondern als entschuldigtes Fehlen gewertet. Zeitraum und Gründe des Fehlens sind zu dokumentieren

Können Fachkräfte, die trotz Schließungen von öffentlichen Einrichtungen im Dienst bleiben, diese Zeit bspw. für konzeptionelle Aufgaben, Maßnahmenplanungen oder dergleichen nutzen?

Solange der Zweck der Förderung insgesamt noch erreicht werden kann, können in diesen Fällen Fachkräfte anderen dem Förderzweck entsprechenden Tätigkeiten zugewiesen werden, die eine sinnvolle Weiterbeschäftigung im Rahmen des Projekts zu ermöglichen. HomeOffice sollte genutzt werden.

Sollen Träger Kurzarbeit beantragen, wenn z.B. Kurse mangels Teilnehmer ausfallen und eine Betätigung entsprechend der vorgehenden Frage nicht möglich ist?

Soweit Ansprüche auf Lohnfortzahlungen oder sonstige Entschädigungsansprüche auf Grundlage gesetzlicher Regelungen oder auf Grundlage ggf. künftig beschlossener Unterstützungsleistungen des Bundes oder des Landes bestehen, sind diese vorrangig in Anspruch zu nehmen. Das Vorliegen solcher Leistungsansprüche ist von den Zuwendungsempfangenden selbstständig zu prüfen und ggf. zu betreiben sowie spätestens mit dem Verwendungsnachweis darzulegen.

Sind Sonderzahlungen („Corona-Bonus“, Corona-Prämie“) zuwendungsfähig?

Die von der Bundesregierung zwischen dem 1. März 2020 und dem 31. Dezember 2020 steuer- und beitragsfrei zugelassenen Sonderzahlungen als Anerkennung für Beschäftigte in der Corona-Krise („Corona-Bonus“, Corona-Prämie“) sind nicht zuwendungsfähig, wenn es sich dabei um freiwillige Zahlungen der Arbeitgeber handelt.

Werden Corona-Sonderzahlungen 2020 an das geförderte Projektpersonal dagegen auf der Grundlage tarifvertraglicher Vereinbarungen gewährt (z.B. Tarifvertrag über einmalige Corona-Sonderzahlungen vom 25.10.2020 zwischen dem Bund, den kommunalen Arbeitgeberverbänden und den vertragsschließenden Gewerkschaften), sind diese Sonderzahlungen

im Rahmen des bewilligten Ausgabe- und Finanzierungsplans zuwendungsfähig. Eine Berücksichtigung ist maximal nur bis zur Höhe der bewilligten Zuwendung bzw. dem der jeweiligen Maßnahme zugrundeliegenden Festbetrag möglich.

Können Ausgaben, die trotz Unterbrechung von Projekten oder Maßnahmen anfallen, abgerechnet werden?

Unter Umständen kann eine Unterbrechung, Verschiebung oder Aussetzung einzelner Maßnahmen im Projekt (z.B. Workshops, Veranstaltungen) oder ggf. der gesamten Maßnahme in Abhängigkeit vom Lagebild vor Ort und unter Beachtung der ständig aktualisierten Hinweise und Empfehlungen des Robert-Koch-Instituts (RKI) und der örtlich zuständigen Gesundheitsämter erforderlich sein, ohne dass dies behördlich angeordnet wird. Eine diesbezügliche Entscheidung des Zuwendungsempfängers ist der Bewilligungsbehörde unverzüglich mitzuteilen und für den Verwendungsnachweis nachvollziehbar zu begründen und zu dokumentieren. Ergeben sich durch die beschriebenen begründeten Unterbrechungen, Verschiebungen oder Aussetzungen von Maßnahmen verzögerte oder verfehlte Zielerreichungen, so werden diese als nicht förderschädlich eingestuft.

In der Unterbrechungszeit anfallende notwendige Ausgaben, welche im Rahmen der regulären Umsetzung geplant waren, bleiben damit – vorbehaltlich anderweitiger bzw. vorrangiger Ausgleichsleistungen – förderfähig. Dies umfasst insbesondere Gehälter für Projektpersonal (Projektmitarbeitende), Mieten und Leasingverträge im Rahmen des geförderten Projektes. Der Zuwendungsempfänger ist angehalten, die in diesem Zeitraum anfallenden Ausgaben so gering wie möglich zu halten. Eine Berücksichtigung ist maximal nur bis zur Höhe der bewilligten Zuwendung bzw. dem der jeweiligen Maßnahme zugrundeliegenden Festbetrag möglich.

Können Ausgaben, die bei Weiterführung von Projekten oder Maßnahmen zusätzlich anfallen, abgerechnet werden?

Entstehen für die Weiterführung des Vorhabens zusätzliche (bisher nicht im Ausgaben- und Finanzierungsplan vorgesehene) Ausgaben, insbesondere für die Umsetzung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards des BMAS vom 16.04.2020 und der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregel des BMAS vom 20.08.2020 (GMBI. 2020, S.484-495), sind förderfähig. Hierzu zählen beispielsweise Ausgaben für medizinische Mund-Nase-Bedeckungen, Desinfektionsmittel, Flüssigseifen, geeignete Schutzhandschuhe sowie Ausgaben für den Kauf von notwendiger Hard- und Software (z.B. Notebook, Webcam, Headset, digitale Medien/Lizenzen zur Durchführung von Video-Konferenzen und Online-Seminaren). Diese zu-

sätzlichen Ausgaben müssen zur Erreichung des Zuwendungszwecks erforderlich und entsprechend dem Verlauf, dem Realisierungsstand und dem inhaltlichen Umgang des Vorhabens wirtschaftlich angemessen sein. Die zusätzlichen Ausgaben sind der Bewilligungsbehörde zeitnah anzuzeigen und ihre Notwendigkeit im Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung im betrieblichen Maßnahmenkonzept zu dokumentieren.

Diese zusätzlichen Ausgaben sind aus den Minderausgaben, die an anderer Stelle eintreten (z.B. wegen Kurzarbeit), zu finanzieren.

Werden Vorhaben, die auf Grund der Schließungen von Schulen, Kindertageseinrichtungen oder anderen Einrichtungen nicht stattfinden können, trotzdem gefördert?

Ist ein Bewilligungsbescheid bereits erteilt, siehe Erlass des Ministeriums der Finanzen vom 15.05.2020 in der Fassung der 1. Änderung vom 17.12.2020 zur weiteren Verfahrensweise. Sofern ein vorzeitiger Maßnahmebeginn erteilt wurde, kann eine Projektförderung nicht bewilligt werden, wenn bereits feststeht, dass der Zuwendungszweck nicht erreicht oder dass er verfehlt wird. Hinsichtlich bereits entstandener Kosten kann bei dem erteilten vorzeitigem Maßnahmebeginn entsprechend Ziffer 1. des Erlasses des MF verfahren werden.

Kann die Abgabefrist des Verwendungsnachweises verlängert werden?

Ja! Diese Möglichkeit besteht nach VV Nr. 5.1.4 zu § 44 LHO. Bei Vorliegen besonderer Umstände kann die Bewilligungsbehörde die Vorlagefristen abweichend regeln. Auf Ziffer 2 des Erlasses von MF vom 15.05.2020 in der Fassung der 1. Änderung vom 17.12.2020 wird verwiesen.

Inwieweit kann Projektträgern im Zusammenhang mit Schul- und KiTa-Schließungen zur Kinderbetreuung eine den Regelungen für Landesbedienstete vergleichbare Regelung angeboten werden kann (Anerkennung der Zuwendungsfähigkeit von bis zu 34 Arbeitstagen Freistellung mit Lohnfortzahlung).

Aufgrund der aktuellen Situation infolge der zunehmenden COVID-19 Erkrankungsfälle hat das MF mit Rundschreiben vom 08.01.2021 dienst- und tarifrechtliche Hinweise für Bedienstete des Landes Sachsen-Anhalt erlassen. Eine entsprechende Berücksichtigung und Anwendung der Hinweise und Regelungen dieses Rundschreibens für die Träger verstößt nicht gegen das Besserstellungsverbot.

Diese Hinweise und Regelungen ersetzen die Version vom 04.05.2020 und gelten bis auf Widerruf.

gezeichnet

Thomas Gericke

Beauftragter für den Haushalt

MS 01.02.2021